

Diskussionspapier: Perspektiven für Frieden und Entwicklung in Afghanistan

(vereinbart im März 2010)

Wir, Organisationen aus der Entwicklungspolitik, der Friedensbewegung, den Kirchen und den Gewerkschaften, haben mit Blick auf den Krieg in Afghanistan einen intensiven Dialog begonnen.

Dabei wurde deutlich, dass uns vieles eint. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Politische Probleme verlangen nach politischen Antworten.

Unter dem Motto: „Vorrang für zivil“ fordern wir ein Ende des Krieges in Afghanistan und ein deutliches Zeichen für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung. „Vorrang für zivil“ bedeutet einen strukturellen, personellen und finanziellen Vorrang ziviler Instrumente und Akteure. Ein neues Mandat der Vereinten Nationen ist notwendig, das gleichermaßen zur Reduzierung von Gewalt, Ungerechtigkeit und Not beiträgt und dadurch die universellen Menschenrechte zu sichern vermag. Die Vereinten Nationen müssen, wie in der UN-Charta vorgesehen, die Verantwortung für den Frieden und die internationale Sicherheit in der Region übernehmen.

- Der erste Schritt ist das sofortige Ende aller Kampfhandlungen und somit eine Gewaltreduktion in Afghanistan, als Basis um einen Dialog über eine umfassende Friedenslösung, die den Abzug der internationalen Truppen beinhaltet, einzuleiten.

Auch ein einseitiger Waffenstillstand, der lokal und regional beginnt, kann Raum für eine nachhaltige Konfliktbearbeitung schaffen. Bei einem so im Land eingeleiteten Friedensprozess kann auch z.B. der Jirga eine wichtige Rolle zukommen, wenn dafür Sorge getragen wird, dass alle Bevölkerungsgruppen dort vertreten sind und Mitspracherecht erhalten.
- Wir unterstützen zivile selbstbestimmte Strukturen in Afghanistan. Eine maßgebliche Partizipation der gesamten Bevölkerung ist eine wichtige Voraussetzung für einen friedlichen Entwicklungsweg. Hierbei müssen auch Frauengruppen aktiv einbezogen und gezielt unterstützt werden.
- Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind keine Instrumente der militärischen Aufstandsbekämpfung. Deswegen lehnen wir eine militärisch-zivile Zusammenarbeit ab, die die Unterordnung des zivilen Sektors unter das Militär bedeutet. Hilfsorganisationen sind unabhängige Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe und dürfen durch militärisch-zivile Kooperationen weder in Kriegshandlungen hineingezogen werden, noch durch die Konditionierung von staatlichen Hilfsgeldern im Gegenzug für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt oder gefährdet werden.
- Wir wenden uns gegen den politischen Missbrauch von Begriffen wie Frauenrechte / Menschenrechte, menschliche Sicherheit, Responsibility to Protect für die ideologische Absicherung von militärischen Interventionen und Kriegen. Unsere Zusammenarbeit soll daher auch zur Wiederaneignung der humanitären und politischen Begriffe (z.B. Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit) beitragen.
- Friedenspolitik verlangt Nachhaltigkeit. Wir unterstreichen die Zielsetzung, dass die Ursachen von Hunger, Armut, Gewalt und Unterentwicklung beseitigt werden müssen, um die existentiellen Bedürfnisse der Menschen zu sichern. Entwicklung gelingt nicht durch das Überstülpen fremder westlicher Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsweisen auf andere Länder. Ein nachhaltiger Friedensprozess muss im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stattfinden, da diese universell, unveräußerlich und unteilbar sind. Nur selber und gemeinsam können afghanische Frauen und Männer diesen Prozess tragen und gestalten.
- Frieden in Afghanistan erfordert ein regionales Friedens- und Sicherheitskonzept, das die Nachbarn des leidgeprüften Landes in einen dem KSZE-Prozess vergleichbaren politischen Prozess einbezieht.
- Wir sehen uns in einer besonderen Verantwortung für die Menschen, die aus dem Krieg in Afghanistan geflohen sind. Deshalb fordern wir den Stopp der unsäglichen Abschiebep Praxis und ein menschenwürdiges Aufenthaltsrecht.

Dieses Diskussionspapier bedarf einer weiteren Reflektion in den Zusammenhängen der Friedensbewegung und der entwicklungspolitischen Gruppen sowie einer gemeinsamen Weiterentwicklung in geeigneten Foren. Dazu soll auch diese Konferenz beitragen.